

Zuwanderung: Gegeninitiative soll Brüssel besänftigen

Die Initianten wollen die SVP-Initiative rückgängig machen. Die Folgen für die EU-Gespräche sind umstritten.

Tina Huber und Philipp Loser

Es wird langsam etwas unübersichtlich in der Europafrage - und spannender. Überraschend schnell haben die Initianten von «Raus aus der Sackgasse» (Rasa) ihre 100 000 Unterschriften gesammelt. Aller Voraussicht nach wird ihre Initiative diesen Oktober bei der Bundeskanzlei eingereicht. Mit ihr soll die Masseneinwanderungsinitiative der SVP rückgängig gemacht werden.

Damit erhält der Fahrplan der Verhandlungen mit der EU eine neue, unberechenbare Komponente. Für diesen Oktober ist ein Treffen von Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) mit Jean-Claude Juncker, dem Präsidenten der EU-Kommission, anberaumt. Dabei soll ein Fazit der konsultativen Gespräche über die Anpassung der Personenfreizügigkeit gezogen werden, die momentan laufen. Danach wird der Bundesrat seine Botschaft zur Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative präsentieren, im Frühling und Sommer 2016 werden sich die Räte mit der Vorlage befassen, und voraussichtlich im November 2016 wird eine Referendumsabstimmung stattfinden.

Abstimmung in einem Jahr?

Geht es nach den Vorstellungen der Rasa-Initianten, könnte im November 2016 ihre Initiative bereits zur Abstimmung kommen. Es gebe Beispiele in der Geschichte, in denen schon ein Jahr nach Einreichung abgestimmt worden sei, sagt Andreas Auer, Staatsrechtsprofessor und einer der Initianten von Rasa. Er denkt dabei etwa an die F/A-18-Abstimmung im Juni 1993.

Das ist allerdings die Ausnahme. Bundesrat und Parlament haben 30 Monate Zeit, um der Bevölkerung eine Abstimmungsempfehlung zu unterbreiten. Wird ein Gegenvorschlag erarbeitet, kann das Parlament die Behandlungsfrist um ein Jahr verlängern. Es ist also durchaus möglich, und wohl auch realistisch, dass über Rasa erst in drei Jahren abgestimmt werden kann. «Der Zeitplan liegt nicht in unseren Händen», sagt Andreas Auer dazu, «und er ist für uns auch gar nicht so zentral.» Eine Abstimmung nach der Umsetzung der Mas-



Jacques de Watteville wird die Verhandlungen mit der EU leiten. Rechts: Bundesrat Didier Burkhalter. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

seneinwanderungsinitiative könne sogar von Vorteil sein. «Dann sieht die Schweizer Bevölkerung, welchen Schlamm die Initiative angerichtet hat.»

Sollte das Parlament in der Zwischenzeit eine Lösung erarbeitet haben, die die Bilateralen rettet und mit der auch die EU leben kann, würden die Initianten ihre Vorlage zurückziehen. «Wir verstehen die Initiative als Instrument für die Politik und die Verhandlungen mit der EU», sagt Auer.

Inwiefern Rasa tatsächlich einen Einfluss auf die Verhandlungen mit der EU hat, ist unklar. Europa-Experte Cenni Najy vom aussenpolitischen Thinktank Foraus schätzt ihn zum jetzigen Zeitpunkt als gering ein. Die Rasa-Initiative sei für die EU zu unbedeutend, als dass

diese von ihrer Position abrücken werde. Dies obwohl er die Rasa-Initiative für eine «gute Lösung» hält: Mit ihr wären «80 Prozent der Probleme mit der EU gelöst», sagt Najy. Es sei allerdings fraglich, ob die Vorlage das bei Volksinitiativen erforderliche Ständemehr erreichen würde. Bei der Masseneinwanderungsinitiative stimmten 17 Kantone zu - davon wäre nun in mindestens 5 ein Meinungsumschwung nötig.

Kritischer ist SVP-Nationalrat Heinz Brand. Er geht davon aus, dass die Rasa-Initiative «die Position des Schweizer Verhandlers eher erschwert». An eine Annahme hingegen glaubt auch er nicht: «Einen breiten Meinungsumschwung, wie er gemäss den Rasa-Initianten stattgefunden haben soll, habe ich

nicht festgestellt. Die Zuwanderung hat seit dem 9. Februar 2014 nochmals deutlich zugenommen.» Dass in kurzer Zeit 100 000 Unterschriften gesammelt werden konnten, sei eher eine Frage des Geldes und der Organisation denn ein Indiz für gute Erfolgchancen.

Wird die SVP nun, mit der Rasa-Initiative vor Augen, bei der Umsetzung der Zuwanderungsinitiative mehr Kompromissbereitschaft zeigen? Nationalrat Brand sieht dazu «keinen Anlass». Klar scheint hingegen die Haltung der Partei, sollte die Vorlage durchkommen. Brand: «Die SVP beruft sich gerne auf den Volkswillen. Sollten die Stimmbürger ihre Meinung ändern und die Masseneinwanderungsinitiative rückgängig machen, hat die SVP das zu akzeptieren.»

Abschaltung von Beznau gefordert

Das Atomkraftwerk Beznau sei nicht genügend erdbebensicher, machen Umweltorganisationen und Anwohner geltend. Sie verlangen, dass es zumindest vorläufig abgeschaltet wird. Der Atomaufsicht Ensi werfen sie vor, die Strahlenschutzbestimmungen systematisch falsch anzuwenden. Nach der Atomkatastrophe in Fukushima mussten die Schweizer AKW-Betreiber ihre Anlagen in Sachen Erdbebensicherheit überprüfen lassen. Das Ensi habe nach der Störfallanalyse im Juli 2012 zugelassen, Beznau weiterzubetreiben, schreiben Anwohner und Organisationen am Donnerstag. Zur Gruppe gehören die Umweltorganisationen Greenpeace, Schweizerische Energie-Stiftung und Trinationaler Atomschutzverband sowie 15 Anwohner des AKW im aargauischen Döttingen. Sie verlangen nun vom Ensi, auf seinen damaligen Entscheid zurückzukommen. Die Atomaufsicht habe einen 100-mal zu hohen Strahlenschutzwert angewendet, begründen sie dies.

Unbesorgt zeigte sich die Beznau-Betreiberin Axpo. «Das Kernkraftwerk erfüllt höchste Sicherheitsstandards, und die Auflagen werden jederzeit eingehalten», sagte Sprecher Antonio Sommariva. Nichts zu tun mit der aktuellen Untersuchung haben die Materialfehler am Reaktordruckbehälter des Reaktors Beznau I, wie es vonseiten der Umweltorganisationen heisst. Dieser ältere der beiden Reaktoren von Beznau ist seit 1969 am Netz und gilt als weltweit dienstältestes kommerzielles AKW. Block II ist weitgehend baugleich und seit 1971 in Betrieb. (SDA)

Die Rehabilitierung der Nichtwähler

Die tiefe Wahlbeteiligung wird als Problem wahrgenommen. Zu Unrecht.

Doris Kleck

Egal, wer gewinnt und wer verliert: Wahlsonntage in der Schweiz enden immer gleich. Mit dem Lamento über all jene, die der Urne ferngeblieben sind. Am 18. Oktober, wenn National- und Ständerat neu bestellt werden, wird das nicht anders sein. Eine Wahlbeteiligung von 50 Prozent wäre eine kleine Sensation. Mehr als die Hälfte der Stimmbürger ging bei nationalen Wahlen das letzte Mal 1975 an die Urne. 2011 waren es 48,5 Prozent. Die stärkste Partei sei diejenige der Nichtwähler, heisst es darum gerne. Doch die Partei der Nichtwähler - der Begriff wurde bereits 1907 geprägt - hat viele Fraktionen und Flügel. «Vielfach und vorschnell wird angesichts hoher Nichtwählerzahlen über Politikverdrossenheit und das Ende der Demokratie orakelt», schreiben die beiden Politologen Matthias Fatke und Markus Freitag in ihrem Beitrag im Sammelband «Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz», der heute in die Läden kommt. Die Politologen haben das Phänomen der Wahlabstänze untersucht. Die Nichtwähler bekommen ein Gesicht - und die häufig kritisierte tiefe Wahlbeteiligung wird relativiert. Die Hälfte der Nichtwähler ist nämlich zufrieden und hat ein hohes Vertrauen in das politische System.

Sechs verschiedene Typen von Nichtwählern haben die Studienautoren iden-

tifiziert. Die grösste Gruppe sind die «zufriedenen Desinteressierten»: Sie denken, dass die Politik auch ohne ihr Zutun gute Ergebnisse liefert. Entsprechend greifen sie nur selektiv ein und nehmen etwa an der Hälfte der Abstimmungen teil. Dieser Typ ist ebenso unproblematisch wie die «abstimmenden» Nichtwähler. Letztere sind ein Produkt des schweizerischen Politsystems. Eigentlich wären sie die perfekten Wähler: Sie interessieren sich sehr für Politik, lesen Zeitung, kennen Kandidaten und Themen. Doch sie halten Abstimmungen für wichtiger als Wahlen. Ähnlich einzuordnen sind die «unkonventionell partizipierenden» Nichtwähler. Sie stimmen nicht nur häufig ab, sondern sammeln auch Unterschriften, demonstrieren oder gehören einer Partei an. Diese drei Typen sind hochzufrieden mit dem politischen System.

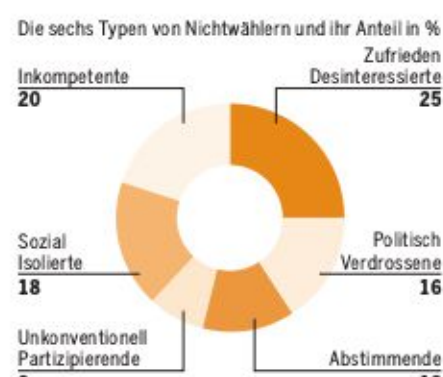
Nichtwähler schaden Linken

Kritischer bewerten Fatke und Freitag die «politisch Verdrossenen», also diejenigen, die unzufrieden sind mit den Politikern da oben. Wächst diese Gruppe an, wäre dies ein Indiz für die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung mit der Politik. Allerdings relativiert die Studie auch: Das wahrgenommene Missverhältnis speise sich vielfach aus den wachsenden Ansprüchen der Bevölkerung denn aus der sinkenden Leistung des politischen Systems. Mit grösserer «demokratiepolitischer Sorge» betrachten sie die zwei letzten Typen. Die «sozial isolierten» Nichtwähler verfügen zwar über die notwendige Bildung. Ihnen fehlt aber ein politisch motivierendes Umfeld - beispielsweise Diskussio-

nen mit Familie oder Freunden. Den «Inkompetenten» fehlt es zusätzlich schlicht an der Bildung. Diese beiden Typen würden nicht freiwillig der Urne fernbleiben, sondern weil sie schlicht nicht in der Lage dazu sind. Dies sei «mit dem demokratischen Prinzip der Herrschaft aller Bürger nicht vereinbar».

In der Forschung gibt es Hinweise, dass die grosse Zahl der Nichtwähler eher den linken Parteien schadet. «Allerdings ist der direkte Einfluss von Parteien auf die Politik in der Schweiz durch die vielen Abstimmungen begrenzt», sagt Freitag. So haben Auswertungen der Stimmrechtsregister im Kanton St. Gallen gezeigt, dass zwischen 75 und 80 Prozent der Stimmberechtigten mindestens einmal pro Legislatur an die Stimmurne gehen.

Wer nicht wählen geht



TA-Grafik/Quelle: Matthias Fatke und Markus Freitag in «Wahlen und Wählerschaft in der Schweiz»

Parteichefs im TA-Chat

«Politik ist nur mit Humor erträglich»

FDP-Präsident Philipp Müller antwortete im Livechat auf 35 Leserfragen - und war ziemlich ehrgeizig.

Im TA-Chat mit Philipp Müller brodelte es, als es um Ehe und Adoption für alle ging. Für den FDP-Präsidenten, der sich spartanisch zeigte und auf ein Mittagssandwich verzichtete, bedeuten beide Themen einen «fundamentalen gesellschaftlichen Wandel». Er entzog sich der Diskussion, ohne konkrete Antwort: «Wir müssen das in der Partei noch intensiv diskutieren.» Es blieb der Eindruck, er meine das ehrlich. Ansonsten gab sich Müller auskunftsfreudig und kämpferisch, will mit seiner Partei am 18. Oktober «mehr Wähleranteile als die SP» holen. Und im einstündigen Chat war es sein erklärtes Ziel, eine Frage mehr zu beantworten als am Dienstag CVP-Präsident Christophe Darbellay, der es auf 30 gebracht hatte. Müller schaffte 35.



Philipp Müller.

Inhaltlich ging es mehrmals um die Abgrenzung zur SVP: «Wir von der FDP betrachten das Ausland nicht grundsätzlich als Feind.» Und um Bürokratie-Abbau, der in seinen Augen «drastisch» ausfallen sollte. «Wir müssen das Monster der Bundesverwaltung zähmen.» Er diktierte es und ass dann doch - einen Apfel und eine Banane. Ob ihn SP-Präsident Christian Levrat nicht nervt? «Politik ist nur mit viel Humor erträglich. Und er sorgt mit seinen Ideen für viel Humor», antwortete Müller und schmunzelte. Wandern würde er am liebsten mit Darbellay - «dabei aber nicht über Politik reden». (sam)

Inhaltlich ging es mehrmals um die Abgrenzung zur SVP: «Wir von der FDP betrachten das Ausland nicht grundsätzlich als Feind.» Und um Bürokratie-Abbau, der in seinen Augen «drastisch» ausfallen sollte. «Wir müssen das Monster der Bundesverwaltung zähmen.» Er diktierte es und ass dann doch - einen Apfel und eine Banane. Ob ihn SP-Präsident Christian Levrat nicht nervt? «Politik ist nur mit viel Humor erträglich. Und er sorgt mit seinen Ideen für viel Humor», antwortete Müller und schmunzelte. Wandern würde er am liebsten mit Darbellay - «dabei aber nicht über Politik reden». (sam)

TA-Livechat So beantwortete Philipp Müller die Leserfragen chat.tagesanzeiger.ch

Nachrichten

Billag-Mehrwertsteuer Zu viel bezahltes Geld wird nicht zurückerstattet

Die Mehrwertsteuer auf die Radio- und TV-Empfangsgebühren wird nicht rückwirkend zurückbezahlt. Eine Rückzahlungspflicht ist erst seit einem Bundesgerichts Urteil vom April gegeben. Die Gebühren werden aber seither ohne Mehrwertsteuer erhoben. Damit reagiert das Bundesamt für Kommunikation (Bakom) auf das Bundesgerichtsurteil, wonach auf die Empfangsgebühren für Radio und Fernsehen keine Mehrwertsteuer zu entrichten ist. (SDA)

Energiestrategie Ständeratskommission stimmt deutlich zu

Klares Ja zur Energiestrategie 2050 in der Kommission des Ständerates: Die Energiekommission (Urek) hat die Vorlage ohne Gegenstimme angenommen, bei einer Enthaltung. Allerdings beschloss sie etliche Änderungen. Zu diskutieren gab in der Ständeratskommission insbesondere, ob und unter welchen Voraussetzungen grosse Wasserkraftwerke subventioniert werden sollen. Die Kommission hat sich nun mit 9 zu 4 Stimmen für eine «Notfalllösung» ausgesprochen, wie die Parlamentsdienste gestern mitteilten. (SDA)

Strafe Bundesrat will Ohrfeigen nicht explizit verbieten

Der Bundesrat findet, dass Eltern ihre Kinder nicht körperlich züchtigen sollten. Ein explizites Verbot zum Beispiel von Ohrfeigen lehnt er aber ab. Sensibilisierung bringt aus seiner Sicht mehr. Der Bundesrat spricht sich deshalb gegen eine Motion von Chantal Galladé aus. Die Zürcher SP-Nationalrätin ist der Auffassung, dass ein Verbot klare Grenzen setzen und Kinder schützen würde. Körperliche Züchtigung taugt nicht als Erziehungsmittel, hält sie fest. (SDA)